

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 31. 30. Jahrg.

3. August 1917.

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

## Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsäßerstr. 86-88 III. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. :: Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die vierspaltige Feilzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

## Inhalt:

**Hauptteil:** Unsere wichtigste Waffe! Unsere Gewerkschaftsarbeit während des Krieges. Rundschau. Gewerkschaftsschau. Zur Kohlenversorgung. — **Allgemeines:** Berlin I und III, An die Einberufenen! — Totenliste.

## Unsere Gewerkschaftsarbeit während des Krieges.

Ungefähr seit dem Jahre 1908 mußten wir leider einen merklich fühlbarer werdenden Rückgang der Arbeitsgelegenheit in unseren Hauptberufen feststellen. Die Wirkung der Zolltarif-Politik der kapitalistischen Staaten schränkte das deutsche Absatzgebiet für Reproduktionsarbeiten erheblich ein. Unglücklicherweise kam fast zur selben Zeit ein Umschwung in der Bewertung der Ansichtspostkarte beim kaufenden Publikum, kam ferner die veränderte künstlerische Darstellungsweise in den Reklamebildern, die auf eine Vereinfachung der Arbeit hinausliefen, wie z. B. beim modernen Flächenplakat. Alle diese Dinge brachten uns lange Jahre vor dem Kriege, besonders im Steindruckgewerbe, große Arbeitslosigkeit. Günstiger zeigte sich die Lage im Chemigraphiegewerbe, doch konnte der erfreuliche Aufstieg dieses Berufes nicht genügen, die freiwerdenden Arbeitskräfte aufzunehmen.

In diese ungünstige Situation platzte 1914 der Krieg mit seinen schrecklichen Folgen. Der Verband durch den großen Lohnkampf 1911/12 und durch die jahrelangen großen Unterstützungsausgaben infolge der Arbeitslosigkeit fast am Ende seiner Leistungsfähigkeit gelangt, die Mitglieder durch vorher geschilderte Verhältnisse wirtschaftlich und, was noch schlimmer wirken mußte, auch in ihrer moralischen Widerstandskraft unsagbar geschwächt, das mußte ja jene Stimmung erzeugen, die bei unseren Kollegen in der Verbandsmüdigkeit in der verzweifeltsten Mutlosigkeit zum Ausdruck kam. Und zu alledem noch die Einziehung der opferfreudigsten, tatkräftigsten Verbandsfunktionäre. Sie, die stets bereit waren, ihr Wort für die Kollegen einzulegen, die nie müde wurden mit Rat und Tat zu helfen, die häufig allein durch die Macht ihrer gefestigten Anschauung, Nachgiebigkeit gegenüber dem Unternehmer oder seinem Stellvertreter verhüteten, die Ängstlichen aufzutacheln verstanden, sie fehlten in der verzweifeltsten Situation, die jemals im Berufe vorhanden war. Was in jener ersten Kriegszeit durch Angst und Kopiflosigkeit verdorben worden ist, ist unberechenbar. Aber es ist auch menschlich verständlich. Wer hätte in dieser Zeit, die uns wie ein vollkommener Zusammenbruch erschien, keinen Fehler gemacht?

Nun hat sich das Bild, ohne daß der fürchterliche Krieg vorbei ging, von Grund auf gewandelt. Zu der anfänglichen Mutlosigkeit liegt heute nicht der mindeste Grund mehr vor. Aus dem Spielball der Laune irgend eines Unternehmers ist heute der Gehilfe eine geschätzte und gesuchte Hilfe geworden. Rein äußerlich zeigt sich diese Wandlung

in der Verbesserung der Kassenverhältnisse des Verbandes. Die hohen Unterstützungsausgaben schrumpften zusammen auf ein Mindestmaß, mit Ausnahme der Krankenunterstützung. Der Verband gesundete, wurde wieder das Rückgrat der Kollegen und mit ihm wuchs auch der Mut und das Vertrauen der Kollegen zum Verband und zu ihrer eigenen Kraft.

Es war in der Tat eine Gewerkschaftsarbeit »von unten auf«. Die Aufgabe des Verbandes, der Verbandspresse, sowie der Einzelorgane des Verbandes ging zunächst dahin, die Kollegen aus ihrer Stumpfheit zu reißen, ihnen zu zeigen, daß auch der Krieg nicht jede Möglichkeit einer menschenwürdigen Existenz ausgelöscht hat. Das ist uns erfreulicherweise in immer steigendem Maße gelungen.

Nicht überall! Um aber auch denen, die heute noch nicht den Mut zu kämpfen haben,

## Unsere wichtigste Waffe

ist unsere Gewerkschaftszeitung »Graphische Presse«. Der Inhalt dieser Nummer wird den Kollegen Stoff genug bieten, auf die Unorganisierten einzuwirken. Nutzt diese Möglichkeit nach Kräften aus, ihr dient damit nur eurem eigenen Besten. Laßt kein Blatt unbenutzt liegen, gebt es den Lauen und Unentschlossenen in die Hände. Sendet sie vor allem den Kollegen in's Feld, damit sie Vertrauen zur Arbeit ihrer in der Heimat befindlichen Kollegen gewinnen. Je mehr ihr für die Stärkung des Verbandes leistet, um so leichter werdet ihr eure berechtigten Forderungen durchsetzen können.

zu zeigen, wie weit andere Kollegen gearbeitet haben, wollen wir hiermit einen zusammenfassenden Überblick über die Lohnbewegungen der letzten Zeit geben.

Denn auf die Erhöhung der Löhne mußte sich in Anbetracht der entsetzlichen Teuerung unsere Haupt Sorge richten. Der Wert des Geldes ist gesunken. In Zürich zahlt man zurzeit beispielsweise für eine Mark deutsches Geld nur noch 65 Pfg. Dazu kommt die Knappheit der Waren, die Wudergewinne, die hohen Preise für Auslandsware usw. Genug, niemand kommt mit dem aus, was ihm die Friedenszeit an Bezahlung geboten hat. Erst kürzlich ging der Berliner Verein der Steindruckunternehmer mit einer scharfen Preiserhöhung für seine Produkte hervor; vom 1. Juli ab tritt eine Erhöhung der Preise für Spielkarten in Kraft. Das Gleiche tat der Schutzverband für die Postkarten-Industrie. Was hier und in vielen anderen Fällen die Unternehmer tun, ist nichts anderes als ein Ausgleichversuch für die allgemeine Geldentwertung. Soll diese Notwendigkeit allein für unsere Kollegen nicht zutreffen?

Unermüdet ist der Verband in allen seinen Teilen tätig gewesen, den Kollegen durch Erringung von Lohn- und Teuerungs-

zulagen das Einkommen zu erhöhen. Zentrale, für alle Kollegen gültige Zulagen konnten nur für Chemigraphen erreicht werden, weil ihr Tarif diese Möglichkeit bot. Wir haben über die dort gegebenen Zulagen berichten können, ohne uns zu verhehlen, daß sie nicht im entferntesten den gerechten Ansprüchen der Kollegen entsprechen. Daneben ist es aber möglich gewesen, in rührigen Mitgliedschaften den Kollegen im einzelnen zum Teil recht nennenswerte Lohnerhöhungen herauszuholen. Am günstigsten allerdings sind wohl diejenigen dabei gefahren, die bereit waren, auch einmal einen Stellungswechsel zur Erreichung ihres Zweckes mit in Kauf zu nehmen. Wer wollte mit ihnen darüber rechten? Im allgemeinen muß leider gesagt werden, daß in der Kriegszeit die einstmals vorbildlichen Löhne der Chemigraphen gegenüber denen unserer anderen Berufe arg ins Hintertreffen geraten sind. Zum Teil mag wohl der in diesem Gewerbe schlechte Geschäftsgang der Kriegszeit daran Schuld tragen, viel mehr scheint uns aber, liegt die Ursache darin, daß gerade unsere Chemigraphen-Kollegen sich mehr als ihnen gut ist, auf allgemeine Tarifzulagen verlassen. Wo nichts ist, das heißt: wo die Kollegen selbst es an dem nötigen Mut fehlen lassen, da hat auch der Verband seine Macht verloren. Die Zahl der Verbandsmitglieder entscheidet nicht, so wertvoll sie auch ist, wohl aber der Geist und der energische Wille zum Handeln.

Bei den *Lichtdruckern* haben die Tariforgane während des Krieges nicht funktioniert. Die Lohnaufbesserungen sind durch die einzelnen Orte erfolgt, wobei Berlin besonders gut abgeschnitten hat. In München und einigen anderen Orten ist diese Aufbesserung wesentlich geringer. Es sind deshalb auch immer wieder Anträge eingelaufen, die die Einberufung des Tarifamtes verlangen. Bisher konnte das Tarifamt aber nicht arbeitsfähig gemacht werden. Auch diese Hoffnung auf das Tarifamt scheint mehr von den Kollegen genährt zu werden, die auf alles ihre Hoffnung zu setzen wagen, nur nicht auf ihre eigene Kraft.

Die *Photographen* waren bei der Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse günstiger gestellt. Sie konnten ihre Löhne wesentlich erhöhen, weil sie sowohl in militärischen Stellen, als auch in den Privatateliers und Reproduktionsanstalten außerordentlich geschätzt wurden. Die Verhältnisse bei den Porträphotographen sind deshalb gute zu nennen.

Die wenigen *Formstecher* die im Berufe arbeiten, werden fast ausschließlich mit Auslandsarbeit beschäftigt. Eine vorübergehende Ausfuhrerschwermis konnte beseitigt werden. Die Löhne bewegen sich zwischen 65 und 75 Pfg. die Stunde. Der Verband hat mehrere Male versucht, auf diese Löhne einzuwirken, doch war dies meist ergebnislos.

Über die Verhältnisse im *Lithographie- und Steindruckgewerbe* möchten wir nach Gauen berichten. Dabei werden wir erfahren, daß das Bild in den verschiedenen Gauen sehr oft wechselt. Auch hierbei spielt das

eingangs von uns erwähnte Moment der Einziehung der Verbandsfunktionäre eine große Rolle.

*Gau I, Berlin.* Über die Lohnverhältnisse der Lithographen und Steindrucker Berlins, berichteten wir bereits in Nr. 25 der »Graphischen Presse«. Danach stieg der Durchschnittslohn bei Steindruckern von 33,86 Mk. im Jahre 1913 auf 45,50 Mk. am 1. April 1917, bei Lithographen von 36,20 Mk. auf 44,80 Mk. Außer diesen Lohnsteigerungen erzielten 125 Steindrucker im Durchschnitt 5,53 Mk. Teuerungszulage pro Woche, Lithographen 3,93 Mk.

In Brandenburg hat eine merkliche Aufbesserung durch Lohn- und Teuerungszulagen stattgefunden. In Stettin ist eine Bewegung noch nicht abgeschlossen, bisher waren nur kleine Aufbesserungen zu verzeichnen.

*Gau II, Breslau.* Obwohl die Tätigkeit des Gauleiters ehrenamtlich ausgeführt wird, ist eine anerkennenswerte Arbeit geleistet worden. Die Verhältnisse sind im ganzen Gau aufgebessert worden und dort, wo das Ergebnis geringer blieb, lag es lediglich an dem ängstlichen Verhalten der Kollegen. Besonders intensiv haben die Kollegen in Breslau gearbeitet. Die Verhältnisse in den kleineren Firmen bewegen sich zwischen 38 und 45 Mk. pro Woche, während sie in den größeren Firmen zum Teil recht wesentlich darüber hinausgehen. Besonders erfreulich dabei ist, daß die Grundlöhne bedeutend verbessert worden sind. Nicht so Günstiges ist über die kleineren Orte des Gaus zu sagen. In Altwasser, wo zu Anfang des Jahres erst 1 bis 2 Mk. Lohnzulage gegeben waren, sind die Löhne jetzt abermals bis 3 Mk. pro Woche aufgebessert worden. Die Lithographen wurden wegen Arbeitsmangel entlassen. Die Löhne bewegen sich jetzt zwischen 33 und 38 Mk. Tieftraurig liegen die Verhältnisse in Neurode. Es gab dort noch Löhne von 18,—, 25,—, 28,— bis 32,—, Mk. Diese konnten erst durch eine Verhandlung in Berlin aufgebessert werden. In den anderen Orten war eine Steigerung der Löhne, die den Teuerungsverhältnissen entsprechen würde, nicht zu erreichen. Zum Teil hat man durch Arbeitswechsel eine minimale Aufbesserung durchsetzen können.

*Gau III, Hamburg.* In Hamburg ist eine allgemeine Bewegung eingeleitet worden. Den Firmen sind formulierte Forderungen zugegangen, die der Lohnverbesserung der Buchdrucker gleichkamen. Auch hier ist eine Erhöhung der Grundlöhne erfolgt. Die Bewegung ist sehr schwierig, da in den einzelnen Geschäften immer nur noch wenige Kollegen arbeiten. In vielen Firmen steht nur noch ein einziger Kollege. Günstiger konnten in Hannover die Lohnverhältnisse durch Eingreifen des Hauptvorstandes aufgebessert werden. Es wurde nicht nur die Lohnzulage der Buchdrucker durchgesetzt, sondern ein Drittel davon den Grundlöhnen zugeschlagen. In diesem Gau konnte nicht in der wünschenswerten Weise eingegriffen werden, weil der Vertreter des eingezogenen angestellten Gauleiters infolge beruflicher angestrebter Tätigkeit zum Verhandeln nicht die nötige Zeit aufbringen kann. In Lübeck und einigen anderen Orten sind noch Lohnbewegungen eingeleitet, die eine weitere Verbesserung bringen dürften.

*Gau IV, Cöln.* Im Gau Cöln steht es schlecht. Der Gauleiter, ebenfalls ehrenamtlicher Stellvertreter, kann nur geringe Tätigkeit ausüben, weil er nach den Anforderungen der angestrengten Tagesarbeit nicht mehr genügende Kraft aufbringen kann, um des abends Verbandsarbeit zu leisten. In Stolberg, wo ein Tarif besteht, ist versucht worden, durch den Hauptvorstand Verbesserungen durchzusetzen. Leider ohne Erfolg. Von Rheydt verlautet nichts. Doch ist bekannt geworden, daß minimale Verbesserungen eingetreten sind. In Barmen, Elberfeld und anderen Orten

haben die Kollegen selbst Lohnverbesserungen erreicht und setzen diese Bemühungen auch jetzt noch fort.

*Gau V, Leipzig.* In Leipzig selbst sind die Verhältnisse in der letzten Zeit gebessert worden. Die Teuerungs- und Lohnzulagen bewegen sich aber durchweg auf niedrigerer Stufe als in Berlin. Im allgemeinen ist die Geschäftskonjunktur in Leipzig ungünstig. Gegenwärtig sind die Kollegen dabei das Versäumte nachzuholen. In Magdeburg hat der Hauptvorstand eingegriffen und sind Lohnzulagen von 3 bis 6 Mk. pro Woche herausgeholt worden. Von Halle und Thüringen hoffen wir in den nächsten Wochen günstigeren Bericht geben zu können. In Crimmitschau haben die Kollegen selbst für die nötige Verbesserung gesorgt.

*Gau VI, Dresden.* Die in der Stadt Dresden in der letzten Zeit erzielten Zulagen stehen zwischen 3 und 7 Mk., vereinzelt auch darüber. Die Löhne der Chemigraphen stehen nun, mit Einschuß der tariflichen Monatszulagen, auf 43 bis 53 Mk., die der Lichtdrucker auf 50 bis 70 Mk., Umdrucker erhalten 42 bis 48 Mk. Die Gesamtsteigerung der Löhne kann im Durchschnitt in der Kriegszeit mit rund 11 Mk. angenommen werden. In Wirklichkeit dürfte das Resultat aber doch höher eingeschätzt werden dürfen, weil teilweise die heute vorhandenen Arbeitskräfte in der Leistungsfähigkeit hinter den Eingezogenen stehen. — In Zittau stiegen die Löhne um 5 bis 8 Mk.; etwas geringer sind die Zulagen in Meissen, wo durch Mangel an Arbeitsmaterial die Beschäftigung sinkt. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Radebeul, während in Niedersieditz, Ebersbach und Mügeln die Zulagebewegung sich in Verlauf und Erfolg an die der Dresdener Kollegen anlehnte. Bautzen erzielte in der Kriegszeit eine durchschnittliche Steigerung von 8,50 Mk. pro Woche und Kollegen. Nur Chemnitz ließ es an der notwendigen Forderung im Vorgehen fehlen.

*Gau VII, Frankfurt a. M.* Hier ist von den Kollegen Hensel eine anerkennenswerte umfangreiche ehrenamtliche Arbeit geleistet worden. Er hat in jeder Stadt nachgeholfen und recht annehmbare Resultate erzielt. In Aschaffenburg, wo die Verhältnisse im allgemeinen noch ziemlich traurig liegen, ist durch Eingreifen des Hauptvorstandes eine Verbesserung der Grundlöhne erreicht worden. In einzelnen Städten ist die Arbeit noch nicht abgeschlossen. Die Chemigraphen in Frankfurt waren durch die geringe Verbesserung durch den Tarifausschuß-Beschluß ungehalten, hatten aber selbst nicht genügenden Mut, am Ort für die Durchführung zu sorgen.

*Gau VIII, Lahr.* Vom Gau Lahr ist bisher keinerlei Bericht eingegangen und sind auch nur winzige Lohnverbesserungen erfolgt.

Im Gau IX, Karlsruhe, ist besonders im Gauvorort gearbeitet worden, doch gab der Hauptvorstand auch zu eifriger Arbeit im Gau selbst neue Anregung.

*Gau X, Stuttgart.* Hier war der Gauleiter besonders rührig und erzielte gute Resultate. Fast überall erfolgte die Verständigung mit den Unternehmern durch Verhandlungen. Ein genauer Bericht soll noch folgen. Im Gau selbst ist gelegentlich immer wieder versucht worden nachzuhelfen und sind auch hier Verbesserungen eingetreten. Die Chemigraphen Stuttgarts, die immer in Opposition stehen, haben nicht einmal die durch das Tarifamt festgesetzte Teuerungszulage erreichen können. Erst durch das Tarifamt sind die Firmen zur Anerkennung gezwungen worden.

*Gau XI, München.* Auf Grund des bestehenden Tarifes ist vor dem Gewerbeamt als Einigungsamt verhandelt worden und mehrere Male eine Aufbesserung der Verhältnisse erfolgt. Ein genauer Bericht ist wiederholt in der »Graphischen Presse« gebracht worden. Die durchschnittliche Lohnaufbesserung erreicht fast die Höhe von Berlin. In Kauf-

beuren und Augsburg wo ebenfalls Tarife bestehen, sind entsprechende Verbesserungen erfolgt.

*Gau XII, Nürnberg.* Aus diesem Gau ist leider wenig zu berichten. Die Großbetriebe stehen fast alle still oder sind völlig geschlossen. Mehrfach sind kleine Lohnverbesserungen in den Firmen erfolgt, die kriegswichtig geworden sind. Das Kriegsamt verlangte jeweilig mindestens eine 10 prozentige Teuerungszulage. Auch eine Mahnung durch die Presse hat keine Früchte gezeitigt, und ziehen es die Kollegen deshalb vor, dort sämtlich außer Beruf zu arbeiten. Im zum Gau gehörenden Würzburg sind ganz minimale Lohnaufbesserungen erfolgt, die als die niedrigsten in Deutschland bezeichnet werden können.

So zeigt unser Bericht hier und dort recht wenig erfreuliche Verhältnisse. Wie der Hauptvorstand in seiner Korrespondenz an die Mitgliedschaften, so haben wir in der Presse immer wieder Material beizubringen versucht, daß für die Notwendigkeit der Verbesserung der Löhne Beweis lieferte. In den weitaus meisten Mitgliedschaften ist es nach Kräften ausgenutzt worden. Im allgemeinen ist dort der Nachweis erbracht, daß unsere Kollegen von einem erfreulichen gewerkschaftlichen Geist erfüllt sind. Möge dieser Bericht auf die Zaudernden und Ängstlichen anfeuernd wirken. Müssen wir uns mit der unausgesetzten Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel abfinden, dann ist es geradezu unsere Pflicht unser Einkommen so zu erhöhen, daß wir uns diese Dinge auch kaufen können.

## Rundschau.

**Lohn- und Teuerungszulagen.** In Barmen wurden bisher folgende Lohn- und Teuerungszulagen bewilligt: In der Firma August Schmidtmann wöchentlich 7 Mk. Lohnzulage und monatlich 12 Mk. Teuerungszulage; in der Firma August Stoffel 6 Mk. Lohnzulage und 10 Mk. monatliche Teuerungszulage; in der Firma Wilhelm Wandt 10,50 Mk. Lohnzulage; in der Firma Hold & Kühnendahl 6 Mk. wöchentliche Lohnzulage. Die Firmen: Frank bewilligten 4 Mk., Heinrich Heedte 6 Mk., Harkotte 8 Mk. und Birker & Heidrich 3 Mk. wöchentliche Lohnzulagen. — In Glogau werden gewährt: In der Firma Flemming A.-G. Lohnzulagen bis 6,50 Mk. und eine Kriegszulage von 7½ Proz.; von der Zierdruckanstalt Lindenruh Lohnzulagen bis 4 Mk. und außerdem 4 Mk. wöchentliche Kriegszulage. — In Kempen i. Rhld. bewilligte die Firma Ferd. Wefers & F. Auidiger, G. m. b. H., bis jetzt dem ganzen männlichen Personal eine wöchentliche Teuerungszulage von je 4 Mk. Zu Weihnachten gab es Doppellöhnung. Außerdem zahlt die Firma seit Anfang des Krieges für jeden ihrer verheirateten Kriegsteilnehmer eine Familienunterstützung von je 6 Mk. pro Woche. — In München wurde in der Firma H. Tietz, Photographische Abteilung, durch solidarisches Vorgehen der Kollegen abermals eine Erhöhung der Teuerungszulagen erreicht. Diese betragen jetzt je nach Höhe des Gehaltes 7,50 Mk., 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk. und 30 Mk. pro Monat.

**Die Gewerkschaften wachsen wieder!** Vor einigen Wochen durften wir die erfreuliche Tatsache berichten, daß die Gewerkschaften trotz fortwährender Einziehungen weiter wachsen. Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg im 1. Quartal 1917 um 300000, die der weiblichen um 46 000. Die Gesamtzahl hat bereits wieder 1 Million überschritten. Am 31. März d. Js. waren mehr Frauen organisiert als vor dem Kriege. Der Fabrikarbeiterverband nahm in den ersten vier Monaten des Jahres 1917 rund 17000 Mitglieder zu; der Gemeindefabrikarbeiterverband hatte am 1. Juni d. Js. mit Einschuß der Eingezogenen 2000 Mitglieder mehr als zu Kriegsbeginn; der Bauarbeiterverband stieg von 71870 Mitgliedern im Februar auf 79186 im Juni d. Js. Ähnliche wenn auch geringe Zahlen konnten wir aus den Graphischen Verbänden berichten. Die Gewerkschaften wachsen; das alte Vertrauen kehrt wieder.

**Preiserhöhung für Postkarten und Spielkarten.** Der Schutzverband für die Postkartenindustrie hat eine Erhöhung des Einzelverkaufspreises für Postkarten beschlossen und zwar auf mindestens 15 Pfg. für eine schwarze Bromsilberkarte, 20 Pfg. für eine braune Bromsilberkarte, 20 Pfg. für eine schwarzkolorierte Bromsilberkarte, 25 Pfg. für eine braunkolorierte Bromsilberkarte, 15 Pfg. für zwei Chromokarten. Die teureren Karten, also die geprägten, sowie die mit Goldausstattung versehenen müssen entsprechend höher verkauft werden. Auch die Spielkartenfabriken haben die Verkaufspreise mit dem 1. Juli d. Js. abermals heraufgesetzt.

**Der Hauptverein Deutscher Tapetenhändler** beschloß in seiner außerordentlichen

Hauptversammlung am 8. Juli 1917 in Eisenach in seinem Verhältnis zu den Fabrikanten keine Änderung eintreten zu lassen. Die Opposition, die wohl, gern eine selbständige Organisation der Tapetenhändler gesehen hätte, erwies sich als so schwach, daß die Abstimmung als ein glatter Sieg der bisherigen Leitung angesehen werden kann. Für das Vertrauensvotum zu gunsten des bisherigen Ausschusses stimmten 330, dagegen 4 bei 5 Stimmenthaltungen. Schließlich wurde auch noch über die Herausgabe neuer Muster verhandelt. Dazu gelangten folgende Beschlüsse zur Annahme: »Die Versammlung ersucht den »Verband deutscher Tapetenfabrikanten« um die Herausgabe einer beschränkten Anzahl neuer Muster, und zwar in der Preisliste von 40 Pfg. Friedenspreis aufwärts. — Die neu herausgegebenen Muster dürfen nicht in den Agentenmusterkarten aufgenommen werden, ebenso bleibt das Verbot der Herausgabe neuer Agentenmusterkarten in seitheriger Weise auch für 1918 bestehen. Es ist lediglich gestattet, für beschädigte Karten Ersatzkarten mit gleichem Inhalt herauszugeben. Als Ersatz für ausgegangene Muster können bis zu 15 Proz. der Blattzahl andere Muster der Auswahl 1913/14 aufgenommen werden«. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Fabrikanten zu diesen Beschlüssen stellen werden. Führen sie ihn durch, dann werden sicher die Außenseiter, die schon in der Kriegszeit nicht untätig waren, im erhöhten Maße den Wettbewerb aufnehmen, so daß ein lebhafter Geschäftsgang in der Formstederei und in der Tapetenindustrie überhaupt zu erwarten sein dürfte.

**Drucksachenausstattung.** In der Breslauer Typographischen Gesellschaft führte ein Redner darüber Klage, daß immer häufiger Satzteile, die eine besondere Wirkung hervorrufen sollen, Zeichnern, womöglich Künstlern übergeben und dadurch dem Satz entzogen werden. Dies geschehe auch beim Tiedruck. Bei kaufmännischen Drucksachen werde wohl nur noch der glatte Satz übrigbleiben.

**Künstlerische Postkarten der Mark Brandenburg.** Die Brandenburgische Provinzialverwaltung leitet jetzt ein Unternehmen ein, das die Ansichtskarte in den Dienst der märkischen Heimatkunde stellt und durch die künstlerische Ausführung der Ansichten zugleich eine Waffe gegen den Ansichtskartensund bilden soll. Der Plan hierzu entstand bei der Neubearbeitung der Gesamtaufnahme der Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg, die mit einem Kostenaufwande von etwa 1/4 Millionen Mark durch die Provinz Brandenburg erfolgt ist. Durch gut ausgeführte Ansichtskarten sollen mit der Fülle des Schönen unserer märkischen Heimat weitere Kreise der Bevölkerung bekannt gemacht und zugleich fortlaufend auf das Werk der Brandenburgischen Bau- und Kunstdenkmäler selbst hingewiesen werden. Es sind bisher zwei Reihen von je 12 Postkarten hergestellt worden. Der Verkaufspreis für die einzelne Reihe beträgt nur 50 Pfg., für die einzelne Karte 5 Pfg. Es ist lebhaft zu wünschen, daß dies künstlerische Unternehmen der Provinz Brandenburg dazu beitragen möge, der weiteren Verbreitung häßlicher Postkarten entgegenzuwirken und den Sinn für die Schönheit der Mark in allen Kreisen zu wecken.

**Die Volksfürsorge** hat auch in diesem Jahre einen Auszug aus ihrem großen Geschäftsbericht über das Jahr 1916, mit einem kurzen Bericht über die vierte Generalversammlung, uns zur Verfügung gestellt. Wir haben diese Drucksachen unseren Mitgliedschaften übersandt und bitten um möglichst weite Verbreitung. Die Volksfürsorge ist die *Versicherung der Arbeiterschaft*, von Gewerkschaften und Genossenschaften gegründet ist ihre Aufgabe, die Riesengewinne der privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften diesen zu entziehen und im Interesse der Arbeiter selbst zu verwerten. Damit rechtfertigt sich unser Eintreten für diese Versicherungsgesellschaft.

**Zur Not der Kriegsbeschädigten** wird dem »Vorwärts« geschrieben: Nunmehr haben sich sowohl das Kriegsministerium wie der Reichsausschuß mit aller Entschiedenheit auf den Standpunkt gestellt, daß die Rentenversorgung Aufgabe und Pflicht des Reiches sei und daß der Not der Kriegsbeschädigten nicht durch Sammlungen abgeholfen werden dürfe. Die durch den Sammlungsaufruf des Reichsausschusses bei uns ausgelösten Befürchtungen, daß man mit Ernst daran denke, das letztere zu tun, sind damit im wesentlichen behoben. Nur harren wir jetzt des entschiedenen Eintretens des Reiches für die Kriegsbeschädigten. Und nicht nur für diese, denn auch die Not der Rentenlosen fordert schleunige Abhilfe. Hier heißt es, sofort eingreifen. Wenn in der uns zugegangenen Einsendung die Notwendigkeit betont wird, dem Reichsausschuß zum Ausgleich besonderer Härten im Einzelfalle besondere Mittel zur Verfügung zu stellen, so erkennen wir sie an. Unter den jetzigen Verhältnissen wird man auch gegen die freiwillige Hergabe von Mitteln nichts haben können. Wir halten auch die Stellungnahme gegen die vielen wilden Sammlungen für durchaus angebracht. Dutzende und aber Dutzende von Sammlungen sind genehmigt worden. Diese Zersplitterung ist von größtem Übel. Die Gewähr zweckmäßiger Verwendung der Gelder ist jedenfalls eine überaus minimale. Was uns in der Kriegs-

beschädigtenfürsorge am meisten zu fehlen scheint, ist die gesetzliche Grundlage derselben. Schon im August 1916 haben die Gewerkschaften und Angestellten auf der der Kriegsbeschädigtenfürsorge gewidmeten Tagung in Köln diese gesetzliche Grundlage gefordert. Es wird Zeit, daß sie geschaffen wird. Dann dürften auch dem Reichsausschuß die Mittel, die er heute durch Sammlungen für seine besonderen sozialen Aufgaben aufbringen muß, zur Verfügung stehen.

**Georg Diehl** †. Am 17. Juli ist der Vorsitzende des Dächdeckerverbandes, Kollege Georg Diehl, gestorben. Er war 30 Jahre in seiner Berufsgewerkschaft tätig, davon 20 Jahre als ihr Vorsitzender. Während dieser 20 Jahre ist die Mitgliederzahl des Dächdeckerverbandes von 1700 auf 8500 gestiegen. Seit mehreren Jahren war Georg Diehl schwer krank, so daß in der letzten Zeit Theodor Thomas vertretungsweise seine Geschäfte mit übernehmen mußte, der nunmehr endgültig zu seinem Nachfolger gewählt wurde.

**Geschäftsergebnisse** Die Firma *Heymann & Schmidt, Luxuspapierfabrik A.-G., Berlin* erzielte 1916 einen Warengewinn von 190147 Mk. (l. V. 201465 Mk.). Nach 72784 Mk. (83382 Mk.) Abschreibungen bleibt ein Überschuß von 3055 Mk. (5402 Mk.) bei 1125000 Mk. Aktienkapital. Die Kriegsrücklage ist von 350000 Mk. auf 300000 Mk. ermäßigt.

**Warum ist alles so knapp?** Eine Antwort auf diese Frage versucht Genosse Thomas, Frankfurt, die durchaus richtig, aber leider nicht erschöpfend ist. Er sagt: »An allen Lebensmitteln ohne Ausnahme herrscht jetzt fortwährend ein auffallender Mangel. Auch die Erzeugnisse sind knapp geworden, von denen Deutschland früher große Mengen ins Ausland abgeben hat. Der Laie kann sich das gar nicht erklären und schiebt alle Schuld auf die Landwirte. Daß diese nicht frei von Schuld sind, ist bekannt, aber es spielt doch auch noch ein anderer wesentlicher Umstand mit. Die wichtigsten Nährwertträger, insbesondere an Fett und tierischem Eiweiß, stehen uns während des Krieges nur in ungenügender Menge zur Verfügung, und der Körper muß nun diese möglichst große Summe von Kalorien aus anderen Nährmitteln zu decken suchen. Dazu braucht er aber unverhältnismäßig große Mengen. Man stelle sich nur vor, was dazu gehört, den Nährwert eines Pfundes Butter oder eines Liters Milch aus Trockengemüse, Kohlrabi oder sauren Rüben zu gewinnen. So ist jeder der Menge nach noch viel mehr als früher und hat doch meist das Hungergefühl, weil der Magen trotz der größeren Quantität nicht auf seine Rechnung kommt. Damit hängt der Ansturm auf alle Lebensmittelvorräte zusammen. Ein Beispiel aus den Frankfurter Kriegsküchen kann diese Gedanken vielleicht veranschaulichen. Im Oktober 1914 wurden für die Mahlzeit 480 Gramm Fettstoffe gegeben, im März 1917 hingegen, obwohl das Essen in der Güte einen Vergleich mit der Zeit nicht mehr aushalten konnte, wo noch alles zu haben war, wurden 664 Gramm gegeben. Im Privathaushalt liegt es nicht anders. Die Güte aller Nahrungsmittel hat abgenommen und dadurch ist der Mengenbedarf ungeheuer gestiegen. Nimmt man die große Anstrengung bei der Kriegsarbeit hinzu, so wird man der Erscheinung der allgemeinen Knappheit nicht mehr so hilflos gegenüberstehen wie zuvor. Sie wird auch während des Krieges viel eher zunehmen als verschwinden und kann nur durch eine möglichst ausgedehnte Erweiterung der Anbauflächen bekämpft werden.« — Damit ist nun leider z. B. die Knappheit an Kohlen nicht erklärt. Ja, daß Obst und Gemüse bis jetzt zum Hochsommer nicht nur knapp, sondern in den Großstädten fast garnicht zu haben ist, liegt ganz gewiß nicht daran, daß wir zuviel davon essen. Es wird nur, scheint uns, vom Erzeuger, ohne auf den Markt zu kommen, an zahlungsfähige Käufer abgegeben, die es in erstaufliegenden Mengen zur Deckung ihres Jahresbedarfs aufkaufen. Während ein Teil sich so zu märchenhaften Preisen auf lange Zeit vor Hunger schützt, dürfen die andern sich an den Zeitungsnutzen erbauen, wie man Gemüse und Obst für den Winter einkocht.

**Gewerkschaftsscheu.**

Die Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung brachte kürzlich über dieses Thema folgende beachtenswerte Ausführungen.

»Dem eifrigen, überzeugten und treuen Gewerkschafter drängt sich immer wieder die Frage auf: Warum bleibt die Masse der Arbeiterschaft der Gewerkschaft fern? Etwas Überflüssiges oder gar ein mutwilliger Luxus sind die Gewerkschaften nicht, sonst würden ihnen nicht vor dem Kriege in allen fünf Erdteilen 10 Millionen Arbeiter als Mitglieder angehört haben. Ohne weiteres darf auch gesagt werden, daß es nicht etwa geistig und beruflich minderwertige Arbeiter sind, die den Gewerkschaften angehören und auf der andern Seite die »Blüte der Arbeiterschaft« die Armee der Unorganisierten bildet.

Es ist heute auch keine offene und grauthoretische Frage mehr, ob die Gewerkschaft notwendig und nützlich ist. Die Tatsache der Existenz

von tausenden von Gewerkschaften mit Millionen Mitgliedern, die auch jetzt noch da sind, trotz drei Kriegsjahren, beweist, daß sie notwendig und nützlich sind. Die Gewerkschaft ist auch nicht nur für die Arbeiter der einen oder der andern Industrie, nicht nur für die männlichen Proletarier.

Warum ist also die große Masse der Arbeiter nicht in den Gewerkschaften? *Aus Scheu vor der Gewerkschaft!* Diese Scheu hat in der großen Zahl der Fälle gewiß ihre verschiedenen Ursachen, aber sie ist immer vorhanden. Manche Arbeiter und Arbeiterinnen scheuen sich, in eine Versammlung zu gehen; ein Teil von ihnen hat sogar eine starke Abneigung gegen den Besuch einer Versammlung. Es handelt sich dabei um Unverständnis, um Unreife und soziale Einsichtslosigkeit, die die Versammlung- und Gewerkschaftsscheu verursachen.

In andern Fällen ist sie verursacht von der Sorge um die Erhaltung der Existenz, die manche Arbeiter gefährdet glauben, wenn sie in die Versammlung und in die Gewerkschaft gehen, weil der »Arbeitgeber« beides nicht gerne sieht. Erfolgt auch nicht gleich die Entlassung als Maßregelung, so vielleicht »Strafe« in Form von Schikanen mit schlechter Arbeit, geringerem Akkordverdienst, schlechter Behandlung usw. Der gleiche »Arbeitgeber« ist aber Mitglied seiner Unternehmerorganisation und besucht deren Versammlungen, was auch seine organisierten und unorganisierten Arbeiter wissen. Und indem der »Herr« organisiert ist, gleichzeitig aber die Gewerkschaft nicht gerne sieht, beweist er selbst demonstrativ, wie sehr er den hohen Wert der Organisation für sich, die große Bedeutung und wertvolle Nützlichkeit der Gewerkschaft für die Arbeiter zu schätzen weiß. Übrigens ist die Zahl der Unternehmer, die ihren Arbeitern etwa den Beitritt zur Gewerkschaft verbieten oder sie deswegen schikanieren und maßregeln immer kleiner geworden. Nur noch die sozial rückständigsten Träger und Vertreter eines überlebten und unhaltbar gewordenen Fabrikdespotismus stehen so tief und vergewaltigen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Dieser kapitalistische Despotismus und Terrorismus kann aber nicht dadurch beseitigt werden, daß man sich ihm willenlos und widerstandslos fügt, sondern, daß sich die Arbeiter dagegen mannhaft auflehnen und ihn überwinden.

Bei manchen Arbeitern ist ein völliger Mangel an Mut vorhanden, sie sind nicht selbstständig und haben keine Selbstbestimmung. Sie sind Knechtseelen. Industriesklaven statt Industriebürger, und sie unterwerfen sich unbewußt und stillschweigend dem selbsherrlichen Diktum des bekannten Regensburger Bischofs von Heule: »Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!«

Manche von den Gewerkschaftsscheuen bängen davor, daß in der Gewerkschaftsversammlung an ihrem »Arbeitgeber« Kritik geübt, daß Forderungen aufgestellt werden, daß es zu Lohnbewegungen, zu Streiks und Aussperrungen kommen könnte und sie dann dabei gewesen wären, dafür also mitverantwortlich gemacht würden. Sie wollen aber bei der Herrschaft lieb Kind sein, »besser« als die andern, die in die Gewerkschaft und die Versammlungen gehen, und sie vermeinen dabei auch, vorteilhafter wegzukommen, indem sie der Herr mit schönerer und leichterer und besser bezahlter Arbeit begünstigt und ihnen vielleicht dann und wann eine »Wohlfahrt« in irgendeiner Form zukommen läßt. Es ist das zwar eine nach jeder Seite hin erbärmliche Rolle, die die Gewerkschaftsscheuen spielen; aber sie sind sich deren entweder nicht bewußt oder aber moralisch und sozial so abgestumpft, daß sie sich ohne Bedenken darüber hinwegsetzen. »A bah!«

Die Hauptsache der Gewerkschaftsscheu ist das Beitragzahlen. Wenn die Unorganisierten alle Mitglieder der Gewerkschaften ohne Pflichten, also auch ohne Beitragzahlung, aber mit allen Rechten sein könnten, dann würden sie kommen trotz des Knechtsinns und der Speichelleckerei vor dem Herrn, trotz aller Feigheit und moralischen Ver lumpung, an der manche Unorganisierte leiden.

So groß die Gewerkschaftsscheu der Unorganisierten ist, vor den Errungenschaften der gleichen Gewerkschaften haben sie keine Scheu. Da sind sie keine Individualisten, im Gegenteil! Da sind sie nicht mehr mit dem Herrn solidarisch, sondern mit den Arbeitern, und selbst der Streikbrecher will Anteil haben an den gewerkschaftlichen Errungenschaften, die er erst durch seinen unsolidarischen Streikbruch zu verhindern bemüht war!

Ach, die Unorganisierten sind im stillen mit der Wirksamkeit der Gewerkschaften für bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse immer einverstanden; nur direkt wollen sie damit nichts zu tun haben, um sich nicht vor dem »Arbeitgeber« zu compromittieren und nicht um den »guten Ruf« eines braven und zufriedenen Arbeiters zu kommen, der »nicht so ist« wie die andern, die bösen Gewerkschafter, die mit ihrer ewigen Unzufriedenheit und Begehrlichkeit dem Herrn das Leben sauer machen und die großen Profite womöglich kleiner. Es gibt aber auch Unorganisierte, die von bekannten organisierten Nebenarbeitern offen das Vorgehen der Gewerkschaft für Lohnerhöhung, Arbeitszeit-

verkürzung, Beseitigung von Mißständen aller Art fordern und die wie Rohrspatzen auf die Gewerkschaft schimpfen, wenn sie den Wunsch nicht erfüllt. »Wozu nützt uns die Gewerkschaft, wenn sie nicht hilft?« sagen die Unorganisierten, die die notwendige und wertvolle Hilfe von den andern haben wollen, die in der Gewerkschaft sind und ihre Pflichten erfüllen.

Mit diesen unsozialistischen Arbeiterelementen hat sich vor 53 Jahren schon der große deutsche sozialdemokratische Arbeiteragitator Ferdinand Lassalle beschäftigt, und er rief ihnen zu:

»Woher kommt es denn aber, daß ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit euren Sympathien begleitet, daß ihr noch nicht eingezogene Mitglieder seid? O, ich kenne den allbekanntesten Grund dieser Erscheinung wohl! Man klatscht Beifall, sympathisiert, aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich frage euch: Ist das ein männliches, ist das ein eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und Schmarotzer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht gesät hat? ... Euch also, die ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt und da ernten, wo ihr nicht gesät, euch, die ihr mich mit Beifall begleitet, euch ermahne ich zur Scham!«

Diese kraftvollen und entrüsteten Worte sind in der politischen Agitation gesprochen worden, sie gelten aber auch für die gewerkschaftliche Agitation, und sie sind noch immer so zutreffend, als ob sie erst heute gemünzt worden wären. Sie sind ein scharfer, anklagender und verurteilender Spiegel für die Unorganisierten, für alle Schmarotzer, die aber aus ihrem Sumpfe durch die Gewerkschaft befreit werden müssen.

Wir kennen die Gewerkschaftsscheu, die man als ein bösariges Geschwür am Körper der gesamten Arbeiterschaft bezeichnen könnte. Wie gegen solche Geschwüre so muß der Gewerkschafter gegen die Gewerkschaftsscheu der Unorganisierten erst mit der angenehmen Medizin der freundschaftlichen Überredung und Überzeugung kommen, und wenn diese nicht hilft mit den verfügbaren stärkern Mitteln, um das Übel zu beseitigen.

Alle Gewerkschafter müssen auf der ganzen Linie in der Parole einig sein und danach handeln:

*Wir wollen keine Unorganisierten mehr!*

## Zur Kohlenversorgung.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat am 6. Juli an das Reichsamt des Innern eine

neue außerordentlich scharfe Eingabe in Sachen der Kohlenversorgung für den Winter gerichtet. Wenn nicht bald für möglichst gleichmäßige Einschränkung des Verbrauchs und gleichmäßige Versorgung, besonders für Hausbrandkohle, gesorgt werde, müßten sich die Schwierigkeiten von Tag zu Tag steigern und im Winter zu ganz unerträglichen Zuständen führen.

Der volle Bedarf werde auch dann nicht gedeckt werden können, wenn mehr Arbeitskräfte für die Steigerung der Produktion bereitgestellt würden. In der Bevölkerung herrsche große Sorge und noch größere Erbitterung und Unzufriedenheit darüber, daß die Familien, die große Kohlenmengen zu beziehen pflegten und lagern können, jetzt voll beliefert werden, während die anderen schon jetzt damit rechnen müssen, im Winter nur mit den größten Schwierigkeiten, durch Anstellung vor den Geschäften, ein paar Prebikohlen zu bekommen. Es sei unbegreiflich, warum die gerade bei Kohlen so einfache Rationierung nicht längst angeordnet sei. Das Unerhörte der Kriegswirtschaft, daß man auf die Wünsche und Bedürfnisse der großen Masse der Bevölkerung keine Rücksicht nähme, trete hier wieder recht kraß in die Erscheinung. Zur Rationierung werde immer erst gegriffen, wenn die besser bemittelten Bevölkerungsschichten sich genügend mit Vorräten versorgt hätten. Nachher veranstalte man dann eine Umfrage über die vorhandenen Vorräte und hebe dadurch das Verkehrte und ungläublich Nachlässige in der Regelung der Hauptgegenstände des täglichen Bedarfs nur hervor. Die Eingabe fällt das strenge Urteil: »Es ist, als ob die Regierung aus allen Erfahrungen in der Kriegswirtschaft nichts gelernt hat und achlos vorübergeht an allen Erscheinungen, die zur schweren Unzufriedenheit in unserer Bevölkerung Anlaß geben, und nur den besitzenden Schichten das Auskommen und Aushalten möglich machen.«

Neben der Rationierung durch Kohlenkarte, die seit der Überreichung der Eingabe bekanntlich allmählich in die Wege geleitet zu werden beginnt, erklärt die Generalkommission es für erforderlich, daß die Ersparnis an Heizmaterial und der Verbrauch zu Leuchtzwecken sofort geregelt werden. Überall müsse die durchgehende Arbeitszeit eingeführt und ein frühzeitiger Betriebschluß angeordnet werden, vor allem in den Kontoren, Büros und Engros-Geschäften. Die Arbeitszeit müsse möglichst zusammengedrängt und die Tageszeit ausgenutzt werden. Zum Schluß weist die Eingabe nochmal nachdrücklich auf den Ernst dieser Frage hin; sie gipfelt in den Worten:

»Wir lehnen jede Verantwortung ab für die Zustände, die sich im Winter entwickeln müssen,

wenn durch die Nachlässigkeit der Behörden ein Zustand in der Kohlenversorgung eintritt, dem die Geduld der Bevölkerung nicht mehr standhalten kann.«

Die Behörden setzen sich ja jetzt langsam in Bewegung, Verordnungen über die Ersparung und gleichmäßige Verteilung der Kohle auszuarbeiten. Sie sollten sich aber klar darüber sein, daß mit größter Schnelligkeit und Energie durchgegriffen werden muß, wenn nicht ganz unerträgliche Verhältnisse sich herausbilden sollen. ik.



## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

**Berlin I und III. An die Einberufenen!** Um den Zusammenhang mit den einberufenen Kollegen nicht zu verlieren, sie über das Verbandsleben zu informieren und für alle Berufsangelegenheiten zu interessieren, versenden wir an rund 450 Mitglieder regelmäßig die »Graphische Presse«. Aus den uns sehr zahlreich zugehenden Zuschriften ersehen wir, daß der gewollte Zweck erreicht wird. Wir haben somit die Gewißheit, daß, wenn jene erst heimkehren, sie sich sofort wieder in unsere Reihen stellen und mit uns gemeinsam für unsere Sache wirken werden. Das gegenseitige Inverbindtreten bringt uns eine große Zahl von Zuschriften, die vielfach durch enthaltene Fragen eigentlich eine Antwort erheischen. Leider sind wir nicht in der Lage, in allen Fällen die erhoffte Beantwortung zu geben, da die umfangreichen Verbandsarbeiten, und diese sind während des Krieges bedeutend gewachsen, durch wenige Kollegen erledigt werden müssen, und keine Zeit übrig lassen, alle Zuschriften zu beantworten. Wir bitten deshalb die Kollegen um Rücksichtnahme. Des weiteren bitten wir die Kollegen aus diesem Grunde, die Zuschriften nicht zu unterlassen, denn auch wir haben ein Interesse, zu erfahren, wie es ihnen ergeht und freuen uns, wenn solche bei uns eingehen. Wichtig ist, daß uns immer jede Adressenänderung sofort mitgeteilt wird, damit unsere Sendungen nicht als unbestellbar zurückkommen. Ferner bitten wir alle Kollegen, die der Auffassung sind, daß sie kurz vor der Entlassung stehen oder zwecks Arbeitsleistung reklamiert werden, sich um nähere Auskunft über die Berufsverhältnisse an unser Bureau zu wenden. Einer umgehenden Antwort können sie sicher sein. Wenn wir das gute Verhältnis auch für die fernere Zeit aufrechterhalten, wird das gegenseitige Vertrauen gestärkt, und für die Zukunft gute Früchte tragen.

## Totenliste.

1917.

† Am 15. April in Lübeck **Theodor Kleinert**, Lithograph aus Breslau, 78 Jahre alt, an Magenleiden und Altersschwäche, Invalide seit 15. Mai 1910. — Eingetretten in Lübeck am 1. Januar 1893.

† Am 23. April in Altwasser **Anton Grüssner**, Steindrucker aus Neurode i. Sdtl., 33 Jahre alt, an Tuberkulose und Nervenleiden, krank 52 Wochen. — Eingetretten in Neurode am 2. Juli 1905.

† Am 25. April in Offenbach a. M. **Michael Weber**, Steindrucker aus Aschfeld in Unterfranken, 39 Jahre alt, an Blasenleiden, krank 10 Wochen 3 Tage. — Eingetretten in Offenbach am 1. April 1899.

† Am 3. Mai in Berlin **Ernst Heinitz**, Kupferdrucker aus Plaussig, 60 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 7 Wochen 5 Tage. — Eingetretten in Berlin am 2. Juli 1905.

† Am 13. Mai in Leipzig **Ernst Löther**, Lithograph aus Weiffenfelds i. S., 86 Jahre alt, an Altersschwäche, Invalide seit 29. Mai 1905. — Eingetretten in Leipzig am 1. Januar 1893.

† Am 19. Mai in M.-Gladbach **Gustav Beckers**, Steindrucker aus Rheydt, 62 Jahre alt, an Gehirnentzündung, krank 2 Wochen. — Eingetretten in M.-Gladbach am 30. Juni 1907.

† Am 24. Mai in Berlin **Heinrich Münchmeyer**, Steindrucker aus Berlin, 74 Jahre alt, an Herzschwäche und Arterienverkalkung, Invalide seit 27. Oktober 1906. — Eingetretten in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 27. Mai in Dresden **Hermann Rothe**, Steindrucker aus Khaa bei Schönlinde, 51 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 6 Wochen 3 Tage. — Eingetretten in Dresden am 1. Januar 1893.

† Am 29. Mai in Würzburg **Georg Wegmann**, Steindrucker aus Waldbüttelbrunn, 63 Jahre alt, an Lungenleiden, Invalide seit 15. März 1910. — Eingetretten in Würzburg am 1. Januar 1893.

† Am 30. Mai in Berlin **Willy Raschid**, Chemigraph aus Berlin, 38 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 6 Wochen 4 Tage. — Eingetretten in Berlin am 25. Juli 1897.

† Am 17. Juni in Leipzig **Otto Haase**, Steindrucker aus Leipzig, 41 Jahre alt, an Kehlkopfschwindsucht, Invalide seit 12. März 1917. — Eingetretten in Leipzig am 9. September 1900.

† Am 19. Juni in Leipzig **Josef Albert**, Chemigraph aus Wien, 54 Jahre alt, an Gehirnerweichung, krank 41 Wochen 2 Tage. — Eingetretten in Leipzig am 9. September 1900.

† Am 20. Juni in Mainz **Johannes Volkert**, lithogr. Zeichner aus Nürnberg, 63 Jahre alt, an Halsentzündung, Lähmung und Arterienverkalkung, krank 1 Woche. — Eingetretten in Hamburg am 1. Januar 1893.

† Am 20. Juni in Lüdenscheid **Ewald Ackermann**, Steindrucker aus Lüdenscheid, 31 Jahre alt, an Herzlähmung. — Eingetretten in Lüdenscheid am 2. Juni 1907.

† Am 23. Juni in Bietigheim **Richard Schmuck**, Linoleumdrucker aus Wörth a. Rh., 52 Jahre alt, ist beim Hilfsdienst der Bahnschutzwache tödlich verunglückt. — Eingetretten in Bietigheim am 21. Juni 1904.

† Am 25. Juni in Hannover **Fritz Teuteberg**, Lithograph aus Hannover, 34 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 52 Wochen. — Eingetretten in Hannover am 3. Januar 1904.

† Am 1. Juli in Hannover **Georg Breinker**, Steindrucker aus Hannover, 77 Jahre alt, an Herzschlag, Invalide seit 4. Oktober 1903. — Eingetretten in Hannover am 15. Dezember 1884.

† Am 2. Juli in Halle **Heinrich Wolff**, Steindrucker aus Breslau, 59 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Erhängen. — Eingetretten in Halle am 31. Oktober 1909.

† Am 5. Juli in Leipzig **Fritz Boitz**, Lichtdruck-Retuscheur aus Zwickau, 34 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 23 Wochen 4 Tage. — Eingetretten in Leipzig am 18. August 1907.

† Am 15. Juli in Braunschweig **Alwin Bösnecker**, Chemigraph aus Leipzig, 34 Jahre alt, an Lungen- und Kehlkopftuberkulose, krank 5 Wochen. — Eingetretten in Hamburg am 18. Juni 1911.

† Am 16. Juli in Leipzig **Richard Schröter**, Chemigraph aus Podelwitz bei Leipzig, 55 Jahre alt, an Gehirnerweichung, Invalide seit 12. Juli 1914. — Eingetretten in Leipzig am 1. Januar 1893.

† Am 16. Juli in Leipzig **Gustav Sprung**, Steindrucker aus Zwenkau, 52 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 12 Wochen. — Eingetretten in Leipzig am 1. Juli 1891.

† Am 19. Juli in Solingen **Hermann Lapp**, Steindrucker aus Treysa, Hessen-Nassau, 60 Jahre alt, an Nierentuberkulose, krank 17 Wochen 4 Tage. — Eingetretten in Solingen am 14. Oktober 1896.

## Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gest. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, aus von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalia (Rufnummern, Geburts- und -Jahr) mitteilen. Der Hauptvorstand.